

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

2. Ex

Einkommensarmut von Kindern – Ein deutsch-britischer Vergleich für die 90er Jahre

In Deutschland ist jedes fünfte Kind arm, in Großbritannien fast jedes dritte. Alleinerziehende und deren Kinder haben ein besonders hohes Armutsrisiko. In Großbritannien leben etwa 15 % aller Kinder bei Alleinerziehenden, in Westdeutschland sind es etwa 9 %. Aber auch innerhalb dieser besonders gefährdeten Gruppe ist die Armutsquote in Großbritannien höher als hierzulande. Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ist in beiden Ländern das beste Mittel, um der Armut zu entkommen. Wenn eine alleinerziehende Mutter vollzeiterwerbstätig wird, kann in drei Vierteln der Fälle die Armutsschwelle überwunden werden. Staatliche Arbeitsmarktprogramme und eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung stützen die Integration der Mütter ins Erwerbsleben und sind somit die wichtigsten Elemente zur Bekämpfung der Armut von Kindern.

Mit Hilfe der Daten der British Household Panel Study (BHPS) und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) können Ausmaß und Dauer der Armut gezeigt werden.¹ In der Untersuchung werden Personen als einkommensarm bezeichnet, deren bedarfsgewichtetes Einkommen unter 60 % des durchschnittlichen Nettoeinkommens der Gesamtbevölkerung liegt.² Mit der Bedarfsgewichtung wird berücksichtigt, dass mit zunehmender Haushaltsgröße die Kosten der Haushaltsführung nur unterproportional steigen.³ Als Kinder werden hier Personen angesehen, die noch nicht 18 Jahre alt sind.

Nach dieser Definition war in Großbritannien die Einkommensarmut in den 90er Jahren mit einer Quote von 20 % der Gesamtbevölkerung deutlich größer als in Deutschland, wo etwa 15 % als einkommensarm galten (Tabelle 1).⁴

¹ Die Untersuchung wurde durch ein Projekt der Anglo-German Foundation gefördert, dass von Stephen P. Jenkins, Institute for Social and Economic Research der University of Essex und Forschungsprofessor am DIW Berlin, und Gert G. Wagner, DIW Berlin, geleitet wurde. Vgl. S. P. Jenkins, C. Schluter und G. G. Wagner: Child Poverty in Britain and Germany, Report Series, Anglo-German Foundation (AGF), London 2002 (50 Seiten). Eine Pdf-Version ist im Internet verfügbar unter <http://www.agf.org.uk/pubs/publications.html>. Detaillierte Ergebnisse finden sich im Endbericht an die AGF unter <http://www.diw.de/english/publikationen/materialien/>

² Als Durchschnitt wird das Median-Einkommen herangezogen: Dabei handelt es sich um das Einkommen, über das eine Person verfügt, die in der Mitte der Einkommensverteilung liegt. Der Median ist gegenüber dem gewöhnlicheren arithmetischen Mittel robuster im Hinblick auf Messfehler.

³ Statt eines Pro-Kopf-Einkommens, das das Haushalts-Nettoeinkommen durch die Zahl der Haushaltsmitglieder teilt – und damit keinerlei Kostendegression unterstellt –, wird für Kinder ein geringeres Gewicht benutzt. Für Einpersonenhaushalte ist der Nenner beim Pro-Kopf-Einkommen und dem bedarfsgewichteten Einkommen gleich (nämlich 1), für größere Haushalte steigt der Nenner durch die Bedarfsgewichtung weniger stark als beim Pro-Kopf-Einkommen.

⁴ Hier wird der im internationalen Vergleich benutzten Definition von Armut gefolgt. Es sei darauf hingewiesen, dass auf der Basis der vom DIW Berlin für Analysen, die nur Deutschland betrachten, benutzten Armutsdefinition (die Armutslinie beträgt nur 50 % des Durchschnittseinkommens und die Bedarfsgewichtung ist leicht unterschiedlich) die Quote Ende der 90er Jahre nur gut 12 % betrug.

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 5/2002

69. Jahrgang / 31. Januar 2002

Inhalt

Einkommensarmut von Kindern –
Ein deutsch-britischer Vergleich für
die 90er Jahre Seite 77

Türkei: Stärkung der außenwirtschaft-
lichen Flanke erforderlich Seite 81

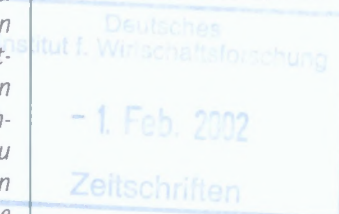


Tabelle 1

Armutsquoten¹ in Großbritannien und Deutschland 1991 bis 1998

In %

	Kinder				Gesamtbevölkerung			
	Großbritannien	West-deutschland	Ost-deutschland ²	Deutschland gesamt ²	Großbritannien	West-deutschland	Ost-deutschland ²	Deutschland gesamt ²
1991	27,9	17,5	–	–	19,2	13,4	–	–
1992	30,7	17,7	43,0	23,2	20,2	13,6	43,4	19,5
1993	32,1	21,3	27,1	22,5	21,0	15,7	27,3	17,9
1994	30,4	17,1	23,8	18,5	20,4	14,2	19,6	15,2
1995	27,8	22,1	22,2	22,1	20,4	15,6	15,3	15,6
1996	30,6	22,5	20,7	22,1	19,5	15,3	15,6	15,4
1997	29,9	17,7	18,4	17,9	19,5	13,7	13,1	13,6
1998	31,6	19,4	18,7	19,3	20,2	14,5	13,5	14,3
Durchschnitt	30,1	19,4	25,7	20,9	20,0	14,5	21,4	16,0

¹ Anteil derjenigen in der jeweiligen Gruppe, die in Armut leben. Die Armutsgrenze beträgt 60 % des nationalen Medians des jährlichen Netto-Äquivalenzeinkommens.

² Basis: westdeutsche Armutsgrenze.

Quellen: BHPS und SOEP.

DIW Berlin 2000

Auch für Kinder ergibt sich im deutsch-britischen Vergleich das Bild einer stärker verbreiteten Armut in Großbritannien: Hier ist fast jedes dritte Kind als einkommensarm zu bezeichnen, während dies in Deutschland für etwa jedes fünfte Kind gilt.

Besonderheiten, die sich durch die deutsche Vereinigung für Ostdeutschland ergaben, wird im Folgenden nur Westdeutschland mit Großbritannien verglichen.

Nach der Wende war in Ostdeutschland die Einkommensarmut mit über 40 % enorm hoch, wobei zu beachten ist, dass hierbei das westdeutsche Einkommensniveau als Maßstab diente. Die Kinder in Ostdeutschland waren aber nicht überdurchschnittlich betroffen. Inzwischen ist die Einkommensarmut dort auf 14 % gesunken, für Kinder indes nur auf 19 %. Ganz ähnlich ist die Situation in Westdeutschland, wo 19 % der Kinder arm sind, dagegen „nur“ 15 % der Gesamtbevölkerung. Aufgrund der

Gründe für Kinderarmut

Die Gründe für Einkommensarmut von Kindern sind in Großbritannien und Westdeutschland gleich. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden und deren Kindern ist extrem hoch (Tabelle 2). In Deutschland ist etwa die Hälfte der Alleinerziehenden einkommensarm, in Großbritannien sind es sogar zwei Drittel. Alleinerziehende, die nicht erwerbstätig sein können, haben ein noch größeres Armutsrisiko.

Tabelle 2

Armutsquoten für Kinder in Großbritannien und Westdeutschland nach Haushaltstypen
Durchschnitt 1991 bis 1998 in %

Haushaltstyp	Anteil der Gruppe an allen Kindern in %		Armutsquote ¹	
	Großbritannien	Westdeutschland	Großbritannien	Westdeutschland
Kinder insgesamt	100,0	100,0	30,1	19,4
darunter:				
Kinder von Alleinerziehenden	15,0	8,7	68,1	49,1
darunter:				
ohne Erwerbseinkommen	9,7	3,8	89,6	80,8
Kinder von verheirateten Eltern	81,3	89,5	22,4	16,3
darunter:				
ohne Erwerbseinkommen	7,7	1,8	84,3	81,1
mit mindestens einem Vollzeit- erwerbseinkommen	65,0	82,0	11,1	7,5

¹ Anteil derjenigen in der jeweiligen Gruppe, die in Armut leben. Die Armutsgrenze beträgt 60 % des nationalen Medians des jährlichen Netto-Äquivalenzeinkommens.

Quellen: BHPS und SOEP.

DIW Berlin 2000

ko: In Westdeutschland steigt es auf etwa 80 % und in Großbritannien auf fast 90 %. Vergleichbar hoch ist das Armutsrisiko für Kinder von verheirateten Eltern, die beide nicht erwerbstätig sind.

In Großbritannien sind diese gefährdeten Haushaltstypen stärker vertreten als in Westdeutschland. Während hierzulande etwa 9 % aller Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden leben, sind es in Großbritannien etwa 15 %. Darunter leben in Deutschland etwa 4 % bei Alleinerziehenden, die nicht erwerbstätig sind, in Großbritannien fast 10 %. Insgesamt gehören in Großbritannien etwa 18 % aller Kinder zu Haushalten, in denen kein Erwerbseinkommen vorhanden ist. Dies ist in Westdeutschland nur bei 6 % der Fall.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße in Großbritannien und Westdeutschland ist zwar nicht identisch, aber aus sozialpolitischer Sicht sollte die Haushaltsgröße keinen Einfluss auf das Armutsrisiko haben.

Dauer der Armut

Für den Lebensweg von Kindern ist neben dem Ausmaß der Armut zu einem bestimmten Zeitpunkt deren Dauer von großer Bedeutung. Aus Tabelle 3 wird deutlich, wie oft Kinder und die Gesamtbevölkerung in einem Dreijahreszeitraum einkommensarm sind. Dabei zeigt sich, dass die Armut in Großbritannien länger dauert als in Westdeutschland. Fast 80 % der Westdeutschen waren in den 90er Jahren innerhalb eines Dreijahreszeitraums überhaupt

nicht von Armut betroffen. Bei den Briten waren es nur 70 %. Permanent arm waren nach diesem Konzept knapp 7 % der westdeutschen Gesamtbevölkerung, in Großbritannien etwa 10 %. Dort waren mit knapp 17 % doppelt so viele Kinder als dauerhaft arm anzusehen.

Besonders viele Kinder im Vorschulalter leben in Großbritannien in Armut. In diesem Alter ist davon fast jedes zweite Kind in einem Dreijahreszeitraum mindestens einmal betroffen. Permanent arm sind über 20 % der Vorschulkinder, in Deutschland sind es 10 %.

Über einen längeren Zeitraum betrachtet verschärft sich die Situation in Großbritannien noch einmal (Tabelle 4). Im Zeitraum 1991 bis 1998 waren etwa 2 % der westdeutschen Bevölkerung und der Kinder permanent einkommensarm, während es in Großbritannien 4 % der Gesamtbevölkerung und fast 7 % der Kinder waren.

Wege aus der Armut

Etwa die Hälfte der Kinder entkommt der Armut, wenn der alleinerziehende Elternteil einen Partner findet. Noch bedeutsamer ist allerdings die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit der Eltern; 80 % der Kinder in Großbritannien und in Deutschland gelten danach nicht mehr als arm. Allerdings ist die Erwerbstätigkeit für diejenigen, die arm waren, kein stabiler Zustand. Ein Jahr nach Aufnahme der Erwerbstätigkeit sind nur noch etwa zwei Drittel der Kinder nicht mehr arm.

Tabelle 3

Dauer von Armut in Großbritannien und Westdeutschland innerhalb von Dreijahreszeiträumen 1991 bis 1998

In % der jeweiligen Gruppe¹

	Nie		1 Jahr		2 Jahre		Permanent	
	Großbritannien	Westdeutschland	Großbritannien	Westdeutschland	Großbritannien	Westdeutschland	Großbritannien	Westdeutschland
Gesamtbevölkerung	70,1	78,7	11,2	9,7	8,8	5,1	9,9	6,6
Nach Altersgruppen ²								
bis zu 5 Jahren	53,2	70,2	12,3	13,8	13,2	6,3	21,4	9,7
6 bis 16 Jahre	61,4	74,1	12,7	10,9	11,2	7,1	14,8	8,0
17 bis 59 Jahre	77,3	81,2	9,7	9,2	6,7	4,6	6,3	5,0
60 Jahre und älter	62,9	76,7	13,9	9,0	11,1	4,9	12,2	9,4
Alle Kinder	58,7	72,9	12,5	11,8	11,9	6,8	16,9	8,5
darunter nach Haushaltstyp ²								
Alleinerziehend	20,6	35,8	14,1	20,8	22,4	19,8	42,9	23,5
Verheiratete Eltern	66,6	76,8	12,0	10,9	9,4	5,2	12,0	7,1

¹ Anteil derjenigen in der jeweiligen Gruppe, die in Armut leben. Die Armutsgrenze beträgt 60 % des nationalen Medians des jährlichen Netto-Äquivalenzeinkommens.

² Die Gruppierung wird im jeweils 2. Beobachtungsjahr vorgenommen.

Tabelle 4

Dauer der Armut in Großbritannien und Westdeutschland 1991 bis 1998
In % der jeweiligen Gruppe¹

	Alle Kinder		Gesamtbevölkerung	
	Großbritannien	Westdeutschland	Großbritannien	Westdeutschland
Nie	42,9	62,2	56,3	70,1
1 Jahr	11,5	11,5	10,9	10,0
2 Jahre	8,9	7,5	7,5	5,2
3 Jahre	7,2	4,8	5,4	4,0
4 Jahre	6,8	4,6	4,6	3,2
5 Jahre	4,5	2,3	3,7	2,2
6 Jahre	5,8	1,4	4,2	2,1
7 Jahre	5,5	4,0	3,3	1,4
Permanent	6,9	1,9	4,1	1,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Anteil derjenigen in der jeweiligen Gruppe, die in Armut leben. Die Armutsgrenze beträgt 60 % des nationalen Medians des jährlichen Netto-Äquivalenzeinkommens.

Quellen: BHPS und SOEP.

DIW Berlin 2002

Finanzielle Unterstützung des Staates hilft nicht unbedingt aus der Armut heraus. So wird in Großbritannien für familienpolitische Maßnahmen mehr Geld ausgegeben als in Deutschland (Tabelle 5). Im Jahre 1995 – also zur Mitte des Untersuchungszeitraums – waren es in Großbritannien 2,4 % des Bruttoinlandsprodukts, in Deutschland nur 2 %. Allerdings wurde in Deutschland deutlich mehr Geld für Kinderbetreuung (Family Services) ausgegeben, nämlich 0,8 % des BIP, im Vergleich zu 0,5 % in Großbritannien. Auch profitieren Kinder gewisser-

maßen nebenbei von einer guten finanziellen Unterstützung von Arbeitslosen. Deutschland gibt mit 3,6 % des BIP etwa dreimal so viel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aus wie Großbritannien.⁵

Fazit

In Deutschland sollte sich die Politik bei der Bekämpfung der Armut von Kindern auf Arbeitsmarktprogramme und eine Verbesserung der Kinderbetreuung konzentrieren.⁶ Die flächendeckende Einführung des „Mainzer Modells“ in Deutschland ist insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung der Kinderarmut sinnvoll. Die britische Labour-Regierung hat nach 1998 mit dem „Working Families Tax Credit“ eine Art Kombilohn eingeführt. Abschließende Zahlen über seine Wirkungen liegen noch nicht vor, aber vieles spricht dafür, dass er helfen wird.

Tabelle 5

Staatliche Ausgaben für Familien- und Arbeitsmarktpolitik in Großbritannien und Deutschland

In % des Bruttoinlandsprodukts

	Großbritannien	Deutschland
Familienpolitik (1995)	2,35	2,01
Monetäre Transfers	1,87	1,23
Realtransfers	0,48	0,78
Arbeitsmarktpolitik (1998)	1,19	3,56

Quelle: Bertelsmann Reform Monitor (www.reformmonitor.org).

DIW Berlin 2002

⁵ Vgl. für diese Zahlen sowie für einen darüber hinausgehenden europäischen Vergleich den Bertelsmann Reform Monitor unter <http://www.reformmonitor.org>, dessen deutscher Teil vom DIW Berlin zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung bearbeitet wird.

⁶ Vgl. dazu auch: Kindertageseinrichtungen in Deutschland – Ein neues Steuerungsmodell bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen. Bearb.: Michaela Kreyenfeld, C. Katharina Spieß und Gert G. Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/2000, sowie Michaela Kreyenfeld, C. Katharina Spieß und Gert G. Wagner: Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung, Neuwied 2001.

Türkei: Stärkung der außenwirtschaftlichen Flanke erforderlich

Siegfried Schultz
sschultz@diw.de

Vor gut zwei Jahren hat die Türkei ein Stabilisierungsprogramm aufgelegt, das vor allem eine Senkung der sehr hohen Inflation zum Ziel hatte; vom Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde es durch ein Beistandsabkommen finanziell unterstützt. Wegen erheblicher Probleme bei der Umsetzung des Programms musste der Wechselkurs im Februar 2001 freigegeben werden. Im weiteren Verlauf des Jahres konnte die zuvor massive Inflation zwar etwas gedämpft werden, lag aber Ende 2001 noch bei knapp 70 %. Diese Entwicklung ging allerdings mit kräftigen Wachstumseinbußen einher. Bei der Fortsetzung des Stabilisierungskurses kann die Regierung – auch wegen der nach dem 11. September größeren strategischen Bedeutung des Landes – mit weiterer internationaler Unterstützung, insbesondere durch den IWF, rechnen. Die Lage der türkischen Wirtschaft ist zwar immer noch fragil, aber bei deutlichen Eigenanstrengungen könnte der eingeschlagene wirtschaftspolitische Weg erfolgreich sein. Dieser Bericht plädiert für eine stärkere Beachtung der außenwirtschaftlichen Flanke.

Ausgangslage

Wie viele andere Länder hatte die Türkei in den späten 70er Jahren eine Strategie der Importsubstitution verfolgt. Viele Betriebe der verarbeitenden Industrie sowie wichtiger Dienstleistungssparten waren in öffentlicher Hand und ihre Erzeugnisse der Konkurrenz aus dem Ausland entzogen. Zu Beginn der 80er Jahre wurde versucht, bei flexiblen Wechselkursen zu einem exportorientierten Wachstum zu kommen. 1983 wurden die mengenmäßigen Importbeschränkungen zurückgeführt und die Zölle deutlich herabgesetzt. Zuletzt wurde sogar die Konvertibilität der Währung eingeführt. Die Liberalisierung sollte sich auch positiv auf die ausländischen Direktinvestitionen auswirken. Da aber die Reformen etwa im Bereich der Staatsbetriebe oder des öffentlichen Beschaffungswesens nur halbherzig konzipiert und nie voll umgesetzt wurden, war der Zustrom neuen Kapitals recht begrenzt. Als beherrschende Rahmenbedingungen prägten Inflation und politische Instabilität das Bild.

In den 90er Jahren gab es zwar sporadische Wachstumsschübe, von Dauer war jedoch im Wesentlichen nur die sehr hohe Inflation. Zudem war die Lage durch Haushaltsdefizite, ein hohes Niveau interner und externer Schulden sowie zunehmende Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung gekennzeichnet. Die politische Lage blieb instabil.

In der Koalitionsregierung unter Führung von Bülent Ecevit – im Amt seit April 1999 – bekam die Inflationsbekämpfung einen hohen Rang. Zur Wiedererlangung makroökonomischer Stabilität wurde vor gut zwei Jahren ein Programm aufgelegt, das sich außerdem auf durchgreifende Verbesserungen

im fiskalischen Bereich (mehr öffentliche Nettoeinnahmen, besseres Schuldenmanagement) und auf strukturelle Reformen (beschleunigte Privatisierung, unabhängige Bankenaufsicht) erstreckte. Die grundlegenden Makroziele waren darauf gerichtet, die Inflation binnen drei Jahren stufenweise in den einstelligen Bereich zu drücken und einen steigenden primären Budgetüberschuss im öffentlichen Sektor zu erreichen. Der IWF stellte dafür im Rahmen eines auf drei Jahre angelegten Beistandsabkommens finanzielle Mittel bereit.¹ Das Stabilisierungsprogramm zeigte relativ bald Wirkung. Während die (nominalen) Zinsen schon vor dem förmlichen Beginn des Programms zu sinken begannen,² nahm das Bruttoinlandsprodukt in den ersten drei Quartalen 2000 gegenüber dem Vorjahr um 6,5 % zu.

Bei der Umsetzung der ohnehin hoch gesteckten Programmziele gab es Probleme. So war der wirtschaftspolitische Kurs mangelhaft koordiniert, und die verordnete Reorganisation stieß in den staatlichen Unternehmen auf Widerstand. Unter den wichtigsten makroökonomischen Größen gerieten vor allem die mittel- und langfristigen Zinsen schon bald außer Kontrolle und schossen wieder in die Höhe. Dies war der Auslöser für die Freigabe des

¹ Das Beistandsabkommen des IWF vom Dezember 1999 (Laufzeit drei Jahre) beläuft sich auf 3,6 Mrd. US-\$. Ein Jahr später wurden aus der „Supplemental Reserve Facility“ weitere 7,3 Mrd. US-\$ zur Verfügung gestellt. Im Mai 2001 wurde der Betrag im Rahmen des Beistandsabkommens um 8,1 Mrd. US-\$ aufgestockt. Damit liegt die Gesamtkreditlinie bei 19 Mrd. US-\$. Davon wurden bis November 2001 insgesamt 11,7 Mrd. US-\$ in Anspruch genommen. Diese Mittel werden durch weitere Kreditlinien der Weltbank ergänzt. Darüber hinaus steht in diesen Tagen beim IWF eine Entscheidung über ein weiteres Kreditpaket für den Zeitraum 2002 bis 2004 an. Hinsichtlich des Umfangs finden sich unterschiedliche Angaben; sie reichen von 10 bis zu 16,3 Mrd. US-\$. Nach jüngsten Presseberichten (New York Times, Reuters, AP) wird das neue Kreditvolumen eher am unteren Ende dieser Spanne liegen.

² Vgl. z. B. OECD: Economic Surveys 2000–2001, Turkey. Paris 2001.

Mehrere Anläufe zu Reformen

Wechselkurses im Februar 2001, die das türkische Pfund abstürzen ließ.

Nach diesem Einschnitt musste das Stabilisierungsprogramm angepasst werden. Dies geschah im Frühjahr des vergangenen Jahres. Die Inflationsbekämpfung nimmt nun wieder einen zentralen Platz ein. Neue Akzente sind durch eine angestrebte höhere Transparenz des Wirtschaftsmanagements sowie – ansatzweise – durch einen sozialen Dialog hinzugekommen, der die Preis- und Lohnpolitik stärker an die makroökonomische Stabilität binden soll.

Trotz bemerkenswerter Fortschritte ...

Das im Mai 2001 neu formulierte Stabilisierungsprogramm ist in wichtigen Teilen vorangekommen. Die Situation im Bereich der öffentlichen Finanzen hat sich verbessert, mehrere außerbudgetäre Fonds wurden aufgelöst. Bemerkenswert ist ein – zumindest zeitweiliger – Rückgang der Inflationsrate; sie ist freilich im zweiten Halbjahr wieder gestiegen. Ein Erfolg ist auch die günstige Entwicklung der Leistungsbilanz, die seit März 2001 positiv ist. Auch wurde mit wichtigen Strukturreformen begonnen. Dazu gehören die Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Privatisierung von großen Staatsbetrieben und die Errichtung einer unabhängigen Zentralbank. Bei der Neuordnung des Bankensektors hat der IWF wiederholt Fortschritte attestiert.³ Auch die eingeleitete Trennung von Politik und dem Management wichtiger Institutionen findet Anerkennung. Insbesondere die bei Türk Telekom eingelei-

teten Reorganisationsmaßnahmen und die Neugestaltung des öffentlichen Beschaffungswesens (von Januar 2003 an) sind hier zu nennen. Diese Schritte zielen auf mehr Transparenz und Annäherung an EU-Standards.

... noch weit entfernt vom Stabilisierungsziel

Gemessen an den offiziellen Projektionen von Mitte 2001 verlief die Entwicklung der makroökonomischen Eckdaten im vergangenen Jahr insgesamt ungünstiger. So dürfte der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2001 etwa 7 % betragen haben (Tabelle 1); das entspricht einer Verringerung des Sozialprodukts um 8,5 % und ist der stärkste Rückgang seit dem Zweiten Weltkrieg.⁴ Das Wachstumsziel für 2002 wurde schon im November 2001 von 5 % auf 4 % zurückgenommen, inzwischen werden 3 % erwartet.⁵ Die Leistungsbilanz konnte 2001 insgesamt zwar mit einem Überschuss abschließen. Dieser Trend wird aber angesichts des sich erholenden Pfund-Kurses nicht anhalten; für 2002 wird offiziell schon ein Defizit von fast 2 Mrd. US-\$ genannt. Die Inflationsrate lag Ende 2001 bei etwa 68 %. Mittelfristig wird ein Inflationsspfad skizziert, der für 2003 eine Absenkung auf 20 % und für 2004 einen weiteren Rückgang auf 12 % vorsieht. Mit Blick auf den bisherigen Verlauf erscheint diese Vorstellung kaum realistisch.

³ Siehe z. B. IMF-Survey, Bd. 30, Nr. 23 (10.12.2001).

⁴ Turkish Daily News, 01.12.2001.

⁵ Vgl. Financial Times, 07.01.2002.

Tabelle 1

Indikatoren zur wirtschaftlichen Lage in der Türkei

	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 vorläufig
Bruttoinlandsprodukt (Veränderung geg. Vorjahr in %)	9,3	7,2	7,0	7,5	3,1	-4,7	7,2	-7,0
Arbeitslosenquote (in %)	7,8	7,3	6,4	6,6	6,7	7,5	6,4	6,9
Verbraucherpreise (Veränderung geg. Vorjahr in %) ²	·	78,9	79,8	·	69,7	68,8	39,0	68,5
Warenausfuhr (Mrd. US-\$)	13,0	22,0	32,4	32,6	31,2	29,3	31,7	25,8
Wareneinfuhr (Mrd. US-\$)	22,6	35,2	43,0	48,0	45,4	39,8	54,0	29,9
Warenhandelsaldo (Mrd. US-\$)	-9,6	-13,2	-10,6	-15,4	-14,2	-10,4	-22,4	-4,1
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. US-\$)	-2,6	-2,3	-2,4	-2,6	2,0	-1,4	-9,8	2,5
Leistungsbilanzsaldo/BIP (in %)	-1,7	-1,5	-1,3	-1,3	1,1	-0,9	-4,9	·
Gastarbeiterüberweisungen (Mrd. US-\$)	3,2	3,3	3,5	4,2	5,4	4,5	4,6	2,1
Gesamte Auslandsverschuldung (Mrd. US-\$) ⁴	49,4	73,8	79,6	84,8	97,2	103,3	117,8	111,9
Internationale Reserven (einschl. Gold, in Mrd. US-\$)	6,0	12,4	16,3	18,4	19,7	23,2	22,2	18,7
Wechselkurs gegenüber dem US-\$	2 609	45 845	81 405	151 865	260 724	418 783	625 218	1 474 500

¹ Statt der Projektion der OECD für 2001 (-4,2 %) hier die Angabe der türkischen Regierung gegenüber dem IWF.

² In städtischen Gemeinden; per Jahresende (Veränderung gegenüber Dezember des Vorjahres).

³ Januar bis September.

⁴ Jahresende.

⁵ II. Quartal.

Quellen: Türkische Zentralbank; Staatssekretariat für Außenhandel; Staatliche Planungsorganisation (Amt des Premierministers); Statistisches Amt der Türkei; OECD: Economic Outlook, Juni 2001; Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics, Januar 2002; Weltbank: World Development Indicators 2001; International Herald Tribune vom 28.01.2002.

Außenwirtschaft: Defizit im Warenhandel ...

Bei der Errichtung der Zollunion mit der EU im Jahre 1996 hat die Türkei ihre Importzölle auf Industrieprodukte abgeschafft und einen gemeinsamen Außentarif für Industriegüter und industrielle Komponenten verarbeiteter Agrarprodukte eingeführt. Als Folge der Beseitigung bilateraler Schranken hat der Warenverkehr mit der EU rasch zugenommen. Dies betrifft freilich vor allem die Einfuhr der Türkei. Die Ausfuhr stieg demgegenüber nur geringfügig, weil die meisten verarbeiteten Erzeugnisse ohnehin bereits seit längerem zollfrei geliefert werden können und die Liberalisierung im Bereich landwirtschaftlicher Produkte noch aussteht.

Das Hauptziel der türkischen Exporte sind die Mitgliedsländer der EU. In den vergangenen Jahren ging durchschnittlich etwas mehr als die Hälfte des Gesamtexports dorthin. Das wichtigste Abnehmerland ist hier Deutschland. Sieht man vom so genannten „Kofferhandel“ (*shuttle trade*) ab,⁶ betrug der Anteil der Exporte nach Deutschland in den späten 90er Jahren etwa 21 %. Auf der Importseite (ohne militärische Ausrüstungen) ist der Stellenwert der EU-Länder insgesamt ähnlich groß wie bei der Ausfuhr, während die Verteilung auf einzelne Lieferländer mehr streut. So ist Deutschlands Bedeutung als Herkunftsland mit etwa 15 % weniger ausgeprägt denn als Absatzgebiet.

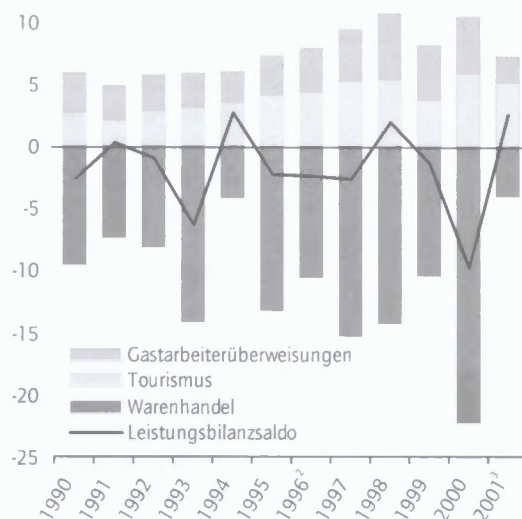
... zum Teil kompensiert durch Tourismus

Angeichts der chronisch defizitären Warenbilanz kommt es entscheidend darauf an, in welchem Maße dieses Defizit durch einen Nettoexport von Dienstleistungen oder durch sonstige Devisenzuflüsse zumindest teilweise ausgeglichen werden kann. Unter den verschiedenen Dienstleistungssparten, die international angeboten werden, spielt der Reiseverkehr und darunter – für die Türkei besonders wichtig – der Tourismus eine zentrale Rolle.⁷ Von 1993 bis 1998 überstieg der Nettobetrag der Deviseneinnahmen aus Tourismus die Überweisungen der Gastarbeiter, fiel dann jedoch 1999 wegen der Unsicherheit im Zusammenhang mit der Suche und Verhaftung von Abdullah Öcalan sowie des Erdbebens im Marmaragebiet deutlich zurück (Abbildung 1). Gegenüber dem Jahr zuvor war das ein Einnahmerückgang um gut ein Viertel; bei den aus dem Ausland ankommenden Personen war es ein Fünftel weniger. Dabei riss der Strom von Besuchern aus Deutschland besonders deutlich ab (–37 %).⁸ Freilich wurde der scharfe Einnahmerückgang im Jahr darauf sogar überkompensiert; 2000 gab es eine Rekordzahl von gut 10 Mill. Ankünften. Diese dürfte 2001 noch übertroffen worden sein.

Abbildung 1

Nettoerlöse aus Warenhandel und Tourismus¹ sowie Gastarbeiterüberweisungen

In Mrd. US-\$



¹ Tourismus ist die dominierende Einnahmequelle beim Reiseverkehr (gut 90 % im Durchschnitt der 90er Jahre).

² Einschließlich des (erstmalig berücksichtigten) „Kofferhandels“ von fast 9 Mrd. US-\$.

³ Januar bis September.

Quellen: Staatssekretariat für Außenhandel und Staatliche Planungsorganisation (beide: Amt des Premierministers); Türkische Zentralbank; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Die Entwicklung der türkischen Leistungsbilanz wird auch künftig von den genannten Komponenten abhängen. Die Tourismusbranche wird sich ohne neue politische oder seismische Erschütterungen mittelfristig weiter erholen. Viele Marktbeobachter gehen davon aus, dass die derzeitige allgemeine Reiseblüte nicht von langer Dauer sein wird. Auch auf Gastarbeiterüberweisungen etwa im bisherigen Umfang wird bis auf weiteres zu zählen sein. Eine wesentliche Steigerung der Deviseneinnahmen aus dieser Quelle kann jedoch kaum erwartet werden.

⁶ Sammelbegriff für unorthodoxe Handelskanäle, insbesondere mit Russland. Die Bedeutung dieses amtlich nicht erfassten Handels (vor allem mit Textilien, Ledererzeugnissen und Haushaltsartikeln) ist im Laufe der Jahre geringer geworden. Nach Schätzungen der Zentralbank ist ein realer Aufschlag von 38 % (1996) bzw. 8 % (1999) auf die registrierten Werte gerechtfertigt. Vgl. OECD: Economic Surveys 2000–2001, Turkey, Paris 2001, S. 43.

⁷ In den (türkischen) Quellen wird nicht immer eindeutig zwischen Reiseverkehr und Tourismus getrennt. Bei den Westeuropäern – der größten Besuchergruppe – ist bei etwa vier Fünfteln Urlaub und Erholung das Reisemotiv. Einschließlich der Reisenden mit vorwiegend kulturellen Motiven liegt der Tourismusanteil am Reiseverkehr bei etwa 90 %.

⁸ Unter den Besuchern aus Deutschland gibt es eine über die Jahre wachsende Zahl von in Deutschland ansässigen Türken (2,1 Mill.), zudem etwa 320 000 ethnische Türken, die in Deutschland leben und einen deutschen (bzw. einen EU-)Pass haben.

Angesichts der hohen Defizite im Warenverkehr bleibt die Verbesserung des Saldos eine wichtige Aufgabe.⁹ Zwar deutet sich seit dem vergangenen Frühjahr eine höhere Ausfuhr-/Einfuhrrelation an: Lag dieser Deckungsgrad in den letzten fünf Jahren bei durchschnittlich knapp 60 %, erhöhte er sich im Jahre 2001 deutlich. Diese Entwicklung geht aber im Wesentlichen auf gedämpfte Importe zurück – eine direkte Folge des Verfalls der internationalen Kaufkraft des türkischen Pfundes. Hingegen konnte die Abwertung nicht in durchschlagende Erfolge auf der Exportseite umgemünzt werden.

Ausländische Direktinvestitionen

Weltweit hat der Außenhandel über die Jahre schneller zugenommen als die Produktion, blieb jedoch hinter dem Zuwachs der grenzüberschreitenden Direktinvestitionen zurück. Dieses Muster findet sich in vielen Ländern, nicht aber in der Türkei. Hier kommen ausländische Direktinvestitionen nur zögernd ins Land. Der Zufluss ist zwar stetig, im internationalen Vergleich aber mäßig – und dies bereits seit längerer Zeit. Damit kommt ein wichtiges Instrument des Technologietransfers, das zudem in Bezug auf die externe Verschuldung neutral ist, kaum zum Tragen.

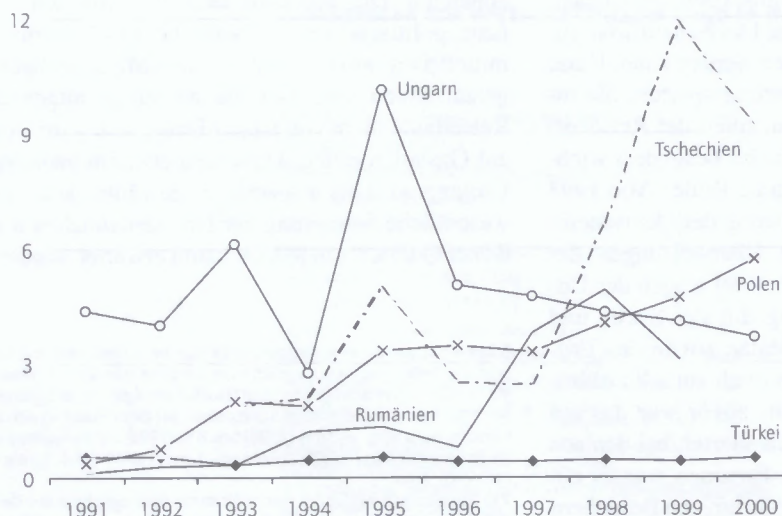
Nur schwache Ausfuhrsteigerung

Direktinvestitionen zu gering

Abbildung 2

Zufließende ausländische Direktinvestitionen

In % des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: Weltbank: World Development Indicators 2001; OECD: Main Economic Indicators 2000; IMF: Balance of Payments Statistics (November 2001), International Financial Statistics (August 2001).

DIW Berlin 2002

Die Bedeutung der Türkei als Standort für ausländische Investoren wurde deutlich relativiert, als nach der politischen Wende die Länder Mittel- und Osteuropas attraktiver wurden. Deren mehr oder minder konsequente Reformpolitik, ein gutes Arbeitskräftereservoir, weniger Inflation und die größere Nähe zu Westeuropa ließen die Türkei in der Wahrnehmung potentieller ausländischer Investoren noch weiter zurückfallen. Nicht nur die Spitzenreiter unter den neuen Konkurrenten konnten deutlich kräftigere Zuflüsse verzeichnen; selbst das „Schlusslicht“ unter den EU-Beitrittskandidaten, Rumänien, hatte bei den Direktinvestitionen mehr Erfolg als die Türkei. Dies gilt nicht nur für die absoluten Beträge, sondern auch in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Abbildung 2).

Gute Voraussetzungen ...

Auf den ersten Blick bietet die Türkei – ungeachtet der gegenwärtigen Krise – eine Reihe von Voraussetzungen, die für potentielle Investoren bei der Suche nach günstigen Standorten als wesentlich gelten. Dazu zählen vor allem die beachtliche Größe des heimischen Marktes (gut 65 Mill. Einwohner und ein Bruttoinlandsprodukt von rund 200 Mrd. US-\$) sowie das von den Kosten her günstige Reservoir an qualifizierter Arbeit. Hinzu kommen leistungsfähige und wettbewerbserprobte lokale Firmen. Darüber hinaus wird der günstige Zugang zu anderen Märkten ins Feld geführt. Aber auch die geographische Lage zwischen Europa, dem Mittleren Osten und Zentralasien (z. B. „Energiebrücke“ zwischen kaspischem Raum und Westeuropa) wird in diesem Zusammenhang immer wieder genannt.

... doch nur bescheidener Zufluss

Nach Angaben des türkischen Schatzamtes belief sich der jährliche Zustrom ausländischer Direktinvestitionen, bei erheblicher Fluktuation von Jahr zu Jahr, im Durchschnitt der 90er Jahre auf weniger als 1 Mrd. US-\$¹⁰ (Tabelle 2). Parallel zur Entwicklung im Tourismussektor war dabei 1998/99 ein kräftiger Rückgang hinzunehmen. Dieser wurde im Jahr 2000 jedoch mehr als ausgeglichen, und die – noch

⁹ In diese Richtung zielte jüngst die Initiative Ecevit, auf dem amerikanischen Markt einen erleichterten Zugang für wichtige türkische Erzeugnisse (Textilien, Eisen und Stahl, Keramikfliesen, Agrarprodukte) zu erreichen. Der US-Regierung sind jedoch die Hände gebunden, weil letztlich der Kongress entscheidet, in dem die Interessen der inländischen Produzenten stark vertreten sind.

¹⁰ Nach Einschätzung des Generalsekretärs der angesehenen Vereinigung von Auslandsinvestoren (YASED) sei selbst diese Zahl irreführend, weil noch von 1990 bis 1993 etwa die Hälfte der Direktinvestitionen neue Projekte betraf. Für die Zeit danach schätzt er diese Quote auf 5 % bis 10 %; der Rest seien reinvestierte Gewinne. Vgl. Metin Munir, in: Financial Times vom 16.11.2001.

Tabelle 2

Ausländische Direktinvestitionen

(genehmigt und realisiert)

	Investitionsvolumen		Ausnutzungsgrad erteilter Genehmigungen
	genehmigt	realisiert	
	Mill. US-\$		%
1990	1 861	788	42
1991	1 967	910	46
1992	1 820	912	50
1993	2 063	797	39
1994	1 478	637	43
1995	2 938	935	32
1996	3 837	937	24
1997	1 678	873	52
1998	1 647	982	60
1999	1 701	823	48
2000	3 060	1 707	56
2001	2 004 ¹⁾	2 161 ²⁾	108 ³⁾
1990–2000	26 054	12 462	48

¹ Januar bis September.² Januar bis Juli.³ Ein Ausnutzungsgrad von > 100 % bedeutet einen Rückgriff auch auf früher erteilte Genehmigungen.

Quellen: Staatliche Planungsorganisation (Amt des Premierministers); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

vorläufigen – Angaben für 2001 deuten auf eine weitere kräftige Steigerung hin (realisierte Beträge). Investoren aus Deutschland waren daran zu 13 % beteiligt. Im längerfristigen Durchschnitt lagen sie hinter denen aus den Niederlanden an zweiter Stelle (genehmigte Vorhaben). Zu den Ursachen für die deutliche Zunahme der Direktinvestitionen in jüngster Zeit dürfte neben der Abwertung der Währung auch die Privatisierungspolitik zu zählen sein. Insgesamt jedoch ist der Zustrom im internationalen Vergleich weiterhin gering.

Alle ausländischen Direktinvestitionen (erforderliches Minimum 50 000 US-\$) sind seit Jahren einem Genehmigungsverfahren unterworfen.¹¹ Es gibt indes keine Schwelle in Form einer Mindestwertschöpfung oder einer bestimmten Exportquote; insofern stellt die Prüfung keine ernsthafte Hürde dar. Wie im letzten WTO-Länderbericht festgestellt, handelt es sich um eine nichtdiskriminierende Routinemaßnahme, die in der Vergangenheit weder Investitionen verhinderte noch den Wettbewerb begrenzte.¹² Tatsache bleibt jedoch, dass auch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre nur rund die Hälfte der geplanten Investitionen, die schon die Prüfung durchlaufen hatten, auch verwirklicht wurde.

Punktuell lassen sich dafür Gründe finden. So erklärt sich die geringere Attraktivität im Vergleich zu Mittel- und Osteuropa daraus, dass dort schon intensiv privatisiert wurde, als dieses wirtschaftspolitische Ziel in der Türkei noch nicht im Vordergrund

stand, also Direktinvestitionen in Form von Beteiligungen und Übernahmen keine große Rolle spielten. Auch machen die Zahlen deutlich, dass die Zollunion mit der EU (1996) zwar eine Welle von Anträgen auf Erteilung der erforderlichen Genehmigung ausgelöst hat, die damit verbundenen Vorstellungen über Investitionsmöglichkeiten aber offenbar nicht der Realität entsprachen.¹³ Tatsache bleibt die relativ geringe Ausnutzungsquote über längere Zeit. Investoren schrecken insbesondere bei hoher Ungewissheit in Bezug auf den Wechselkurs davor zurück, sich neu oder zusätzlich im Land zu engagieren; den gleichen Effekt haben zweistellige Inflationsraten. Darüber hinaus steht die türkische Bürokratie im Ruf, besonders unübersichtlich organisiert zu sein, zudem Ansprechpartner mit mangelnder Qualifikation bereitzustellen, dilatorisch vorzugehen und zu nicht kalkulierbaren Ergebnissen zu kommen. International erfahrene Investoren vermissen selbst Minimalstandards in Bezug auf hinreichend verlässliche und abschätzbare Entscheidungen der Verwaltung, ohne die sie ernsthafte, auf

¹¹ Die derzeitige Lage ist unübersichtlich: Laut Fortschrittsbericht der Europäischen Gemeinschaften vom November 2000 sei das Genehmigungsverfahren durch schlichte Registrierung ersetzt worden. Im „Nationalen Programm“ der Türkei (März 2001) heißt es hingegen, die Genehmigungsprozedur solle erst abgeschafft werden. Der jüngste EU-Fortschrittsbericht (13.11.2001) spricht diese Frage nicht an. Eine revidierte Version des Gesetzes über Auslandsinvestitionen, mehrfach geändert, blieb offenbar im November 2000 im Parlament hängen.

¹² Vgl. WTO: Trade Policy Review, Turkey 1998. Genf 1999, S. 32, Abschnitt 39.

¹³ Vgl. Henry Loewendahl und Ebru Ertugal-Loewendahl: Turkey's Performance in Attracting Foreign Direct Investment: Implications of EU Enlargement. CEPS Working Document No. 157, November 2000.

längere Frist gerichtete Investitionsplanungen nicht glauben vornehmen zu können.¹⁴

In ihrem jüngsten Fortschrittsbericht hält die EU das Potential für ausländische Direktinvestitionen für bei weitem nicht ausgeschöpft. Angesichts der geringen eigenen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung beeinträchtigt dies die Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Wirtschaft. Es gilt, gezielt mehr Auslandskapital zu attrahieren, und zwar weniger in Form von sprunghaften Portfolio-Engagements, sondern vor allem im Bereich längerfristig angelegter Direktinvestitionen. Die Modernisierung des Kapitalstocks und der Zugang zu neuem Know-how sollten die wesentlichen Ansatzpunkte der Wirtschaftspolitik sein. Dazu zählen die Verringerung oder völlige Abschaffung von Beschränkungen für ausländische Investoren¹⁵ wie auch die Schaffung von Anreizen. Zugesagt wurde dem Währungsfonds für Anfang 2002¹⁶ eine grundlegende Neufassung des Gesetzes über Auslandsinvestitionen. Damit würden Empfehlungen einer Unternehmerbefragung¹⁷ umgesetzt werden. Zudem soll die Zahl der für einen Antrag auf Investitionshilfe erforderlichen Dokumente deutlich reduziert werden. Inwieweit damit die Reihe bürokratischer Hindernisse im Bewilligungsverfahren für Auslandsinvestitionen tatsächlich verkürzt wird, bleibt abzuwarten.

Perspektive

Die wirtschaftlichen Folgen der Anschläge vom 11. September sind für die Türkei ambivalent. Mit ihrer hohen Verschuldung, der Abhängigkeit vom weltweit lahmen Tourismus und der Nähe zum Mittleren Osten bekommt sie die Zurückhaltung von Investoren zu spüren, die derzeit gegenüber Schwellenländern ohnehin kritisch eingestellt sind. Dem steht die verstärkte strategische Bedeutung gegenüber, die dem Land wahrscheinlich genügend internationale Unterstützung sichert, um seinen aktuellen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Ausschlaggebend ist dabei die überwiegend positive Haltung der USA und des IWF; auch die Weltbank unterstützt den eingeschlagenen Weg. Allerdings

gibt es auch kritische Stimmen, die auf unübersehbare Risiken in der Dynamik der Verschuldung verweisen.¹⁸ Der Grat zum Erfolg ist schmal. Zumindest dürfte sich die binnenwirtschaftliche sowie die innenpolitische Situation weniger dramatisch entwickeln als etwa in Argentinien.

Es erweckt im Ausland Vertrauen, dass der Wirtschaftsminister, Kemal Dervis, darauf drängt, Politik und Wirtschaft schärfer zu trennen. Die Erfüllung der IWF-Auflagen muss weiterhin eingefordert werden – ungeachtet der wichtiger gewordenen geopolitischen Rolle des Landes. Schmerzliche Einschnitte wie Ausgabenkürzungen im staatlichen Bereich, die Neugestaltung des ineffizienten und zum Teil korrupten öffentlichen Beschaffungswesens sowie die Schritte zur Stabilisierung des Bankensystems wären ohne den Druck von außen nicht zustande gekommen. Denn die derzeit regierende Dreier-Koalition hat wiederholt auch dringend erforderliche Entscheidungen hinausgeschoben.

Umso mehr zählen gemeinsame konstruktive Schritte wie bei den seit dem Herbst auf den Weg gebrachten Gesetzesvorlagen, von denen mehrere inzwischen auch die legislative Hürde genommen haben. Soweit sie nicht durch die Art der administrativen Umsetzung konterkariert werden, sind damit wichtige Schritte auf dem Reformkurs vollzogen. Weniger staatliche Einflussnahme, mehr budgetäre Disziplin und die Eindämmung des inflationären Drucks bleiben weiterhin die Schlüsselfaktoren auf den Etappen zur Wiedererlangung makroökonomischer Stabilität und politischer Glaubwürdigkeit.

¹⁴ Vgl. Foreign Investment Advisory Service (Weltbank/IFC): Turkey: A Diagnostic Study of the Foreign Direct Investment Environment. Washington D.C. 2001, S. VII, X, sowie Kapitel III.

¹⁵ Im WTO-Länderbericht sind folgende Ausnahmen für ausländische Beteiligungen aufgeführt: Beschränkung von Aktienbesitz bei Rundfunkanstalten auf 20 %, im Falle von Luftfahrt, Seeverkehr, Häfen, Fischverarbeitung und bestimmten Telekom-Dienstleistungen auf 49 %. Beteiligungen sind untersagt im Einzelhandel (außer Hypermärkten) und Immobilienhandel; Engagements im Finanzsektor sowie in der Erdölindustrie und im Bergbau bedürfen einer Sondergenehmigung. Dort, wo private Investitionen aus dem Inland tätig werden dürfen, sind 100 %-Beteiligungen zulässig.

¹⁶ Vgl. Government of Turkey, Letter of Intent vom 20.11.2001, Punkt 20 (<http://www.imf.org/external/np/loi/2001/tur/05/index.htm>).

¹⁷ Vgl. FIAS-Studie.

¹⁸ Siehe z. B. Martin Wolf: A Last Chance for Turkey. In: Financial Times vom 23.05.2001.

Transfer von Know-how

Weitere Unterstützung durch IWF

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern – Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). Euro 34,-/sFr 60,-.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). Euro 38,-/sFr 67,-.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). Euro 76,-/sFr 131,-.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). Euro 62,-/sFr 107,-.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). Euro 62,-/sFr 107,-.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). Euro 56,-/sFr 97,-.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). Euro 62,-/sFr 107,-.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle – Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). Euro 58,-/sFr 100,-.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). Euro 52,-/sFr 90,-.
- Nr. 168 **E-Commerce – Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hansjörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). Euro 56,-/sFr 97,-.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). Euro 58,-/sFr 100,-.
- Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). Euro 74,-/sFr 128,-.
- Nr. 171 **Wie entwickeln sich die Gewinne in Deutschland? Gewinnaussagen von Bundesbank und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im Vergleich.** Von Bernd Görzig und Claudius Schmidt-Faber. 84 S. 2001. (3-428-10504-4). Euro 46,-/sFr 81,-.



Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dieter Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). Euro 72,- /sFr 124,-.
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg – Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). Euro 80,- /sFr 138,-.
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Gt Kassel), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). Euro 68,- /sFr 117,-.
- Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg – Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). Euro 68,- /sFr 117,-.
- Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Kruszona, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). Euro 102,- /sFr 176,-.
- Heft 185 **Kommunalfinanzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). Euro 76,- /sFr 131,-.
- Heft 186 **Aktuelle steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Mietwohnungsbau – Wirkungen und Alternativen.** Von Stefan Bach und Bernd Bartholmai. 127 S. 2000. (3-428-10382-3). Euro 69,- /sFr 119,-.
- Heft 187 **Prognose des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege bis zum Jahre 2020.** Von Uwe Kunert und Heike Link. 145 S. 2001. (3-428-10704-7). Euro 72,- /sFr 124,-.

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Kurt Geppert
Dörte Höppner
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

Jahrgang Euro 108,- /sFr 182,-
Einzelnummer Euro 10,- /sFr 18,-
Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Einer Teilaufgabe liegt ein
Prospekt des Verlages
Duncker & Humblot bei.